

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 03/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der Frühling kommt – besonders schön und blühend bei uns in Rhein-Berg. Für mich ist der Frühling immer auch ein Zeichen des Neubeginns. Bei all dem, was Sie vorhaben, wünsche ich Ihnen gutes Gelingen und viel Freude.

Wir als Union sind nicht nur regierungsfähig, sondern auch regierungswillig. Das zeigen eindrücklich unser neues CDU-Grundsatzprogramm und die vielen ausgewogenen sowie zugleich ambitionierten Konzepte, die wir in diesen Wochen vorstellen. Unseren Vorschlag für eine neue Grundsicherung möchte ich in diesem Newsletter besonders hervorheben.

Bundespolitisch besteht Handlungsbedarf, und das gleich auf mehreren Feldern. Der Bundesrechnungshof hat in einer seltenen Eindeutigkeit die Bundesregierung dafür kritisiert, dass die ihrerseits konzipierte Energiewende grundlegend fehlgehen wird. Die Folgen für die Energiesicherheit und die Energiepreise in unserem Land sind dramatisch. Der vermutlich von Linksautonomen verübte Anschlag auf die Stromzufuhr zur deutschen Tesla-Fabrik zeigt, dass wir bei der Sicherheit (auch unserer Energieinfrastruktur) mehr leisten müssen – personell und finanziell. Aber auch auf internationaler Bühne muss Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden. Die Debatte rund um die Taurus-Marschflugkörper zeigt, wie uneins die Ampel ist und wie sehr sich die SPD verrannt hat. Hier ist Gegensteuern gefragt, die Vorschläge liegen allesamt auf dem Tisch.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und weiterhin einen guten Start in den Frühling!

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

UNSER VORSCHLAG: EINFÜHRUNG EINER NEUEN GRUNDSICHERUNG

Das christliche Menschenbild ist die Grundlage unserer Politik. Das gilt auch für die Sozialpolitik. Arbeit stiftet Sinn, bedeutet Teilhabe und dient der Integration. Ein aktivierender Sozialstaat muss darauf ausgerichtet sein, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Dabei lassen wir uns als Union leiten von den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität, aber natürlich auch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Eine gute Sozialpolitik im Sinne Ludwig Erhards und Norbert Blüms ist ausschlaggebend für unseren freiheitlich-demokratischen Sozialstaat. Wir als Union haben den Sozialstaat in Deutschland mit aufgebaut und in den vergangenen Jahrzehnten auch nach bestem Wissen daran mitgewirkt, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen funktionierenden Sozialstaat zu erhalten und auszubauen. Die von den Ampelkoalitionären betriebene Sozialpolitik wird diesen Anforderungen jedoch keinesfalls gerecht. Statt Betroffene zu unterstützen, alimentiert die Ampel sowohl an der falschen Stelle als auch die falschen Personen – und lässt zeitgleich die finanziellen Rahmenbedingungen völlig aus dem Ruder laufen. Eine derartige Sozialpolitik ist übersteuert, unsozial, führt zu immensen Kostensteigerungen und beeinträchtigt obendrein noch unseren Arbeitsmarkt, indem sie im schlechtesten Fall wertvolle Arbeitskräfte demotiviert und dem Arbeitsmarkt entzieht. Dass ausgerechnet die FDP dies mitträgt, kann nur verwundern.

Wir lehnen das neu eingeführte Bürgergeld der Ampel daher weiterhin ausdrücklich ab. Wir haben einen anderen Vorschlag, den wir gerne entgegenhalten möchten: Wir fordern eine neue Grundsicherung, die ihrem Namen gerecht wird. Dabei geht es allein darum, diejenigen zu unterstützen, die ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig erwirtschaften können. Die Betonung liegt hier auf können. Die Grundsicherung ist nicht wie das Bürgergeld als bedingungsloses Grundeinkommen konzipiert, sondern dient allein der Absicherung des grundgesetzlich verankerten Existenzminimums. Hilfestellung erfährt derjenige, der nicht kann (!) und soweit er allein nicht zurechtkommt. Wir wollen darüber hinaus das Augenmerk der Jobcenter verschieben hin zu noch mehr Engagement bei der Jobvermittlung. Hierfür müssen wir die finanziellen Mittel aufstocken und die Fallbelastung der einzelnen

TERMINE

27.03.2024, 15:30 Uhr

Senioren-Union Leichlingen - Monatstreff
CDU-Bürgertreff
Kirchstr. 5, 42799 Leichlingen

30.03.2024, 19:00 Uhr

Osterfeuer in Burscheid
Parkplatz am Jugendzentrum
Montanusstr., 51399 Burscheid

Sitzungswoche 08. – 12.04.2024

Deutscher Bundestag

Delegationsreise 14. – 17.04.2024

Ausschuss Familie, Senioren, Frauen
und Jugend nach Österreich

18.04.2024, 10:30 Uhr

Frühschoppen Senioren-Union Overath
Bürgerhaus Overath, Großer Saal
Hauptstr. 30, 51491 Overath

19.04.2024, 18:00 Uhr

Osterempfang der Kath. Kirche
im Rheinisch-Bergischen Kreis
Pfarrsaal im Augustinerhaus, Rösrath

21.04.2024, 15:00 Uhr

Ausstellungsbesuch
„Kinderrechte an den EU-Außengrenzen“
Großer Ratssaal im Hist. Rathaus
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 22. – 26.04.2024

Deutscher Bundestag

30.04.2024, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Overath
Rathaus Overath, Raum 102
Hauptstr. 25, 51491 Overath

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

Mitarbeiter reduzieren. Gleichzeitig müssen wir mit Leistungsanreizen für ein größeres Engagement der Betroffenen werben. Eine wertvolle Unterstützung kann in diesem Zusammenhang auch die Digitalisierung sein, um die Antragsbearbeitung zu vereinfachen und zu beschleunigen. In dem unsererseits vorgeschlagenen Konzept der neuen Grundsicherung machen wir einen Paradigmenwechsel deutlich: Aus unserer Sicht ist jeder verpflichtet, alles im Rahmen seiner Möglichkeiten zu tun, um möglichst schnell wieder ohne finanzielle Unterstützung der Solidargemeinschaft auszukommen. Und der weit überwiegende Teil der Hilfsbedürftigen tut dies auch. Um dieses Prinzip auch bei den Uneinsichtigen durchzusetzen, müssen die Jobcenter auf geeignete Sanktionsmöglichkeiten zurückgreifen können. Denn lehnt jemand eine Arbeit, die ihm zumutbar ist und der er grundsätzlich nachgehen kann, trotzdem ab, dann darf und muss der Staat daraus ableiten können, dass die betroffene Person nicht bedürftig ist. Der finanzielle Effekt ist gewaltig. Bereits 2% von den aktuell rund 5,5 Mio. Bürgergeldbeziehern stehen für mögliche Einsparungen im hohen dreistelligen Millionenbereich.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Karenzzeit von derzeit zwölf Monaten vollständig abgeschafft wird und von Anfang an eine Vermögensprüfung im Rahmen der Grundsicherung erfolgt. Das ist unseres Erachtens verhältnismäßig. Man muss in diesem Zusammenhang beachten, dass das Bürgergeld ja nicht an die Stelle des Arbeitslosengeldes tritt, das bis zu maximal zwei Jahre gezahlt wird, sondern sich grundsätzlich erst daran zeitlich anschließt. So hat man bereits viele Monate Leistungen beansprucht, bevor überhaupt die Grundsicherung in Betracht kommt. Schließlich wollen wir auch entschiedener als bisher Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen. Entscheidend dafür ist ein unkomplizierter Datenaustausch zwischen Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden. Wir als Union sind zuversichtlich, dass mit diesem Vorschlag unsere Vorstellung von einem gerechten Sozialstaat Wirklichkeit werden kann – ein Sozialstaat, der Fördern und Fordern in Gleichklang bringt, bezahlbar bleibt und denjenigen hilft, die Hilfe wirklich nötig haben.

ANSCHLAG AUF ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR

Wahrscheinlich haben Sie die Bilder in der vorvergangenen Woche von dem Anschlag auf die Energieinfrastruktur gesehen, die für die Tesla-Fabrik nahe Berlin unersetzlich ist. Mit großer Sorge habe ich vor diesem Hintergrund den eindringlichen Hinweis vom Chef des Bundeskriminalamts, Holger Münch, zur Kenntnis genommen, der ausdrücklich vor einer

EINBLICKE



Mit Unternehmen aus ganz Deutschland hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die „Wertschöpfung in Kreisläufen“ gesprochen. Mein Kollege Dr. Carsten Brodesser und ich haben dafür Frau Lichtinghagen-Wirths (Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes) und Herrn Soest (Geschäftsführender Gesellschafter von cleansort aus Rös-rath) in Berlin empfangen.



Quelle: Cathy Schneider/Berlin

Beim Hauptausschuss des Familienbundes der Katholiken habe ich mich mit Ulrich Hoffmann, Präsident Familienbund der Katholiken, über Familienentlastung und Familienleistungen ausgetauscht. Auch das Thema der Kindergrundsicherung und unser Gegenmodell der CDU waren Thema der Diskussionsrunde.

zunehmenden Bedrohung unserer Infrastruktur durch Linksextremisten gewarnt hat. Wir müssen unbedingt entschieden handeln, wenn sich hier ein Spektrum versucht zu etablieren, dass unsere rechtsstaatlich gefassten Normen nicht anerkennt und demokratisch gefasste Beschlüsse durch Straftaten revidieren möchte. Die Tesla-Fabrik stand nunmehr zwar dank engagierter Techniker lediglich einige Tage still, aber gleichwohl ist ein hoher dreistelliger Millionenschaden entstanden. Es ist keineswegs ausgemacht, dass wir in Zukunft nicht noch mehr derartiger Anschläge auf deutlich komplexere und reparaturintensivere Infrastruktureinrichtungen sehen werden. Bereits heute gehen laut BKA fast 60 % aller politisch motivierter Brandanschläge auf Straftaten linksextremer Gruppierungen. Die Tat in Grünheide bei Berlin darf nicht zu einem Nachahmungseffekt führen.

Wir als Union fordern vor diesem Hintergrund erneut, dass die Videoüberwachung am Rande gefährlicher Infrastruktur ausgebaut wird. Auch neue KI-Systeme sollten im Falle derart schwerwiegender Straftaten in Betracht kommen, um automatisiert eventuelle Straftäter überführen und verorten zu lassen. Die Sicherheit unseres Landes und damit auch dessen Infrastruktur ist eine zuvörderst dem Staat zukommende Aufgabe. Ein Versagen können wir uns hier nicht leisten.

ENERGIEWENDE KONKRET

Der Bundesrechnungshof hat in der vergangenen Woche ein bemerkenswertes Gutachten zur Energiewende vorgelegt: Danach ist das energiepolitische Scheitern der Ampelkoalition amtlich. Der Bundesrechnungshof ist keine bloß nachgeordnete Behörde eines Ministeriums, sondern ein verfassungsrechtlich unabhängiges Gremium, das frei von externen Einflüssen und damit eigenständig die Politik der Bundesregierung analysiert und bewertet. Der verfassungsrechtliche Auftrag ist eindeutig und führt zu einer regierungsunabhängigen Experteneinschätzung. Rechnungshofpräsident Kay Scheller kommt zu dem für die Bundesregierung vernichtenden Urteil: „Die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende sind ungenügend und bergen deshalb gravierende Risiken für die energiepolitischen Ziele“. Der vom Bundesrechnungshof erstellte Sonderbericht listet schonungslos die gegenwärtigen Defizite auf: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinken wir den vollmundigen Versprechungen deutlich hinterher. Der dringend nötige Ausbau der Energienetze dauert länger als geplant und ist wirtschaftlich erheblich teurer als antizipiert. Für den Fall der Fälle bestehen keine ausreichenden Kapazitäten, die im Notfall zur Energieversorgung herangezogen werden können. Losgelöst von den aktuellen Preisen und den im Bericht angesprochenen

GRÜSSE AUS DEM TEAM



Mein Name ist Matthias Axtner, ich arbeite seit vergangenem Herbst für Herrn Dr. Tebroke in seinem Abgeordnetenbüro in Berlin.

Ich unterstütze ihn bei seiner Arbeit im Finanzausschuss, der Arbeitsgemeinschaft Kommunales und bin zuständig für die Praktikantenbetreuung im Büro.

Kontaktdaten: 030 227 79559

hermann-josef.tebroke.ma03@bundes-tag.de

politischen Fehlern schildern mir Unternehmerinnen und Unternehmer in diesen Tagen insbesondere, dass sie die fehlenden Perspektiven in der Energieversorgung massiv hemmen.

Für die Verärgerung habe ich großes Verständnis. Jeder unternehmerischen Betätigung ist ein Risiko immanent, aber dass die Kosten der Energieerzeugung in Deutschland immer teurer werden und heute bereits zu den teuersten der Welt gehören, ist ein erheblicher Standortnachteil Deutschlands. Wenn zu den allgemeinen Risiken auch noch politisch beeinflusste Kosten der Energiewende als unkalkulierbare Variante berücksichtigt werden müssen, werden Investitionen am Standort immer unwirtschaftlicher, wenn nicht unmöglich. Hier muss gegengesteuert werden. Wenn es die Ampel jetzt dabei belässt, den Bericht abzutun, das Problem kleinzureden und sogar den Bundesrechnungshof als unabhängige Institution zu kritisieren, ist das nicht hinnehmbar. Die Steuern und Abgaben auf Strom müssen gesenkt werden. Wir brauchen mehr Offenheit für technologischen Fortschritt, Sachverstand vor Ideologie und eine realistische Kraftwerkstrategie für mehr Versorgungssicherheit, damit wir auch in Fällen von Kälteflauten über eine gesicherte Stromversorgung verfügen. Darum kommt die Bundesregierung auch nicht umhin, endlich auch für neue Gaskraftwerke die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

LAGE IN DER UKRAINE – LIEFERUNG VON TAURUS-MARSCHFLUGKÖRPERN

Seit mehr als zwei Jahren herrscht Krieg in der Ukraine. Die Verluste sind hoch – auch in der Zivilbevölkerung. Der Druck des russischen Aggressors lässt nicht nach, im Gegenteil. Ohne externe Unterstützung hat die Ukraine keine Chance. Die Lieferung militärischen Geräts bleibt hinter den Zusagen zurück – und die Verzögerung erschwert damit den Verteidigungskampf der Ukraine. Die russische Armee setzt eine in Teilen übermächtige Vielzahl von Soldaten ein und schreckt vor der flächendeckenden Mobilmachung von Straftätern als Armeepersonal nicht zurück, die dadurch eine Amnestie für ihre – teils umfangreichen – Strafregister erlangen können. Die russische Offensive ist am Frontverlauf an vielen Stellen nicht zu übersehen.

Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Ukraine weiterhin nicht nur humanitär, sondern auch militärisch unterstützen. Wir haben es oft genug gehört, aber die Wahrheit bleibt: Wenn die Ukraine diesen Freiheitskampf verliert und vollständig ins russische Territorium einverleibt wird, dann wird sich Putin erst recht bemühen, sich auch noch andere Staaten wie Moldawien oder gar das Baltikum zu eigen zu machen. Gleichzeitig bleibt es dabei, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten in diesen

Konflikt militärisch nicht eingebunden werden. Sie bilden hier in Deutschland ukrainische Soldatinnen und Soldaten an dem unsererseits zur Verfügung gestellten militärischen Gerät aus – mehr aber nicht. Deutschland ist dadurch keine Kriegspartei und wird dadurch keine Kriegspartei werden. Es tut der Debatte gut, dass wir als Union hier zwar konsequent, aber zugleich auch besonnen argumentieren, um der geopolitischen Bedeutung des Konflikts Rechnung zu tragen. Aber wir sehen auch die Notwendigkeit, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Und was nötig und richtig ist, ist alles andere als immer eindeutig. Umso intensiver muss darum gerungen werden. Ich gebe zu, dass mir die Entscheidung nicht leichtfällt. Aber nicht zu entscheiden ist keine Option. Verantwortung tragen wir nicht nur für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir unterlassen oder zu spät tun.

Wir haben in der Fraktion sehr intensiv über die Lieferung des Taurus-Marschflugkörpers an die Ukraine diskutiert und uns mit überwältigender Mehrheit für die Lieferung ausgesprochen – so auch ich persönlich. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss haben überzeugend dargelegt, warum gerade derartige Marschflugkörper mit großer Weitreiche für die Sicherung des Luftraums und das Abschneiden der russischen Nachschub- und Versorgungswege von herausragender Relevanz sind. In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert, dass auch Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalitionen (insbesondere aus FDP und Grüne) sich für die Lieferung ausgesprochen haben, aber unseren konstruktiven Antrag aus bloßer Parteitaktik bedauerlicherweise nicht mittragen wollten.

Mich bestürzt in der Debatte das Vorgehen unseres Bundeskanzlers. Besonnenheit ist richtig. Ignoranz, Zaudern, Halb- und Unwahrheiten sind fehl am Platz, auch gefährlich. Man kann politisch den Standpunkt einnehmen, sich gegen eine Lieferung von Taurus-Flugkörpern auszusprechen – ohne Zweifel. Was meines Erachtens aber nicht geht, ist Befürworter von Waffenlieferungen als Kriegstreiber zu diffamieren oder die Lieferung mit vorgeschobenen oder unzutreffenden Begründungen abzulehnen. So ist es nicht richtig, dass Deutschland durch die Taurus-Lieferung zur Kriegspartei würde – in mehrfacher Hinsicht und das weiß auch Olaf Scholz: Rechtlich ist es unzutreffend, da die Lieferung von Gerät und Informationen nach dem Völkerrecht noch keine Stellung als Kriegspartei begründet. Politisch ist es unzutreffend, da andere Staaten dem Taurus vergleichbare Systeme liefern, ohne dass hieraus eine unmittelbare Kriegsbeteiligung resultiert. Technisch besteht die Möglichkeit, die Programmierung so auszugestalten, dass Ziele auf dem russischen Festland nicht getroffen werden können. Das alles war Gegenstand zahlreicher interner Besprechungen, wie sonst kann der Bundeskanzler die befürwortenden Stimmen aus

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 22.03.2024

seinen eigenen Regierungskoalitionsfraktionen erklären. Wenn Bundeskanzler Olaf Scholz also die Lieferung ablehnt, dann sollte er das auch mit seinen wahren Motiven begründen und nicht mit unrichtigen Scheinargumenten. So jedenfalls gelingt ihm nicht zu kaschieren, was sich besonders bitter auch in der Position vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Münzenich niederschlägt: Ein nach wie vor teilweise ungeklärtes Verhältnis zu Russlands Expansionsstreben und die Bereitschaft, Teile der Ukraine dem geltenden Völkerrecht und dem Prinzip der Staatssouveränität zuwider aufgeben zu wollen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich kann nachvollziehen, dass unser Eintreten für eine umfängliche Unterstützung der Ukraine (inklusive der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern) nicht ohne Widerspruch bleibt. Das ist in der Demokratie auch richtig und wichtig. Bei der Abwägung aller für und widerstreitenden Argumente komme ich jedoch zu einem anderen Ergebnis als der Bundeskanzler. Für meine Entscheidung zugunsten einer Lieferung ist ausschlaggebend, dass das Recht dem Unrecht nicht weichen darf – weder jetzt noch in Zukunft.